

Postulat Fraktion SP/JUSO (Leyla Gül, SP): Aktion „warmes Wasser sparen“ auch in Bern

Die Gemeinde Köniz lancierte diesen Sommer eine äusserst erfolgreiche Aktion. Sie verkaufte 2000 Wasser sparende Duschbrausen zu einem vergünstigten Preis (12 statt 39 Franken) an die Könizer Bevölkerung. Der Einkaufspreis der Duschbrausen betrug 18 Franken/Stück (inkl. Mehrwertsteuer, exkl. Lieferkosten). Die 2000 Duschbrausen wurden innerhalb kurzer Zeit verkauft. Mit der auf einen SP-Vorstoss zurückgehenden Aktion haben so rund 10% der Könizer Haushalte einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz geleistet. Die Aktion war bewusst befristet: Nach dem Verkauf der 2000 Duschbrausen galt sie als abgeschlossen.

Sparbrausen schonen sowohl das Klima als auch die Haushaltskasse. Pro Jahr werden mit den 2000 neuen Sparbrausen in der Gemeinde Köniz ca. 73'000 m³ Wasser, 2900 MWh Energie, 400 Tonnen CO₂, und 400'000 Franken Energie- und Wasserkosten gespart. Die 400 Tonnen CO₂ entsprechen dem CO₂-Ausstoss von 155 Flügen von Zürich nach New York und zurück.

Die Stadt Bern trägt seit 2006 das Label Energiestadt. Es ist ein wichtiger Leistungsausweis für die Stadt Bern und honoriert eine konsequente und zukunftsgerichtete Energiepolitik. Eine kleine, feine Aktion wie die oben beschriebene Massnahme in Köniz würde der Stadt Bern gut anstehen. Zudem ist sie im Vergleich zu anderen Massnahmen kostengünstig und sofort anwendbar.

Der Gemeinderat wird gebeten, die Durchführung einer Aktion „warmes Wasser sparen – auch in Bern“ zu prüfen. Das Bestimmen der Anzahl der zu verkaufenden Duschbrausen, der Marke und des Zeitpunkts der Aktion wird der Direktion SUE überlassen.

Bern, 19. August 2010

Postulat Fraktion SP/JUSO (Leyla Gül, SP), Rithy Chheng, Miriam Schwarz, Corinne Mathieu, Annette Lehmann, Beat Zobrist, Lea Kusano, Tanja Walliser, Silvia Schoch-Meyer, Hasim Sancar, Nicola von Greyerz, Guglielmo Grossi, Halua Pinto de Magalhães, Giovanna Battagliero

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 16. Februar 2011

Der Gemeinderat